

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 166

der Abgeordneten Sabine Barthel (AfD-Fraktion), Dennis Hohloch (AfD-Fraktion), Volker Nothing (AfD-Fraktion) und Lars Schieske (AfD-Fraktion)

Drucksache 7/347

Nachfrage zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 51: „400 neue Stellen im Schulbereich“

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragesteller: Nachdem die SPD in ihrem Landtagswahlprogramm ursprünglich versprochen hatte, bis 2024 insgesamt 400 neue Lehrer zusätzlich einzustellen, berichteten die MAZ wie auch die PNN am 10.10.2019 übereinstimmend, die Koalitionsparteien hätten sich im Zuge der Koalitionsverhandlungen darauf verständigt, insgesamt 400 neue Stellen im Schulbereich zu schaffen, die mit IT-Fachleuten, Sozialarbeitern, Schulgesundheitsfachkräften und Verwaltungspersonal besetzt werden sollen. Die damalige Chef-Unterhändlerin der Grünen, Ursula Nonnemacher, erklärte dazu, diese Personen würden helfen, den Unterrichtsausfall abzufedern, die Lehrer zu entlasten und die Schulqualität zu erhöhen. Im Koalitionsvertrag findet sich die Zahl 400 auf Seite 29 erneut, allerdings ohne weitere konkretisierende Angaben, um welche Berufsgruppen es sich handelt.

1. Wie verteilen sich die 400 neuen Stellen auf die genannten Berufsgruppen und welcher Einstellungszeitraum wird anvisiert? Bitte nach Jahren und Berufsgruppen aufschlüsseln.
2. Welche Fortbildungen, Weiterbildungen und sonstigen Qualifizierungsmaßnahmen sind für ITler, Sozialarbeiter, Schulgesundheits- und Verwaltungsfachkräfte vorgesehen, damit sie nach dem Willen der Koalitionäre zur Verhinderung künftig drohenden Unterrichtsausfalls herangezogen werden können?
3. Welche Tätigkeiten sollen zur Entlastung der Lehrer seitens des einzustellenden Verwaltungspersonals ausgeführt werden, welcher Verteilungsschlüssel (Verwaltungsfachkraft-Lehrer-Relation) ist angedacht und an welchen Schulformen wird diese Berufsgruppe tätig sein?
4. Welche Kosten entstehen durch die Einstellung dieser 400 Personen? Bitte nach Berufsgruppen auflisten!

5. Werden diese Personen in ein befristetes oder unbefristetes Beschäftigungsverhältnis eintreten und besteht die Möglichkeit auf Verbeamtung? Wenn ja, für welche der Berufsgruppen?

Zu den Fragen 1 bis 5: Der Landesregierung ist es wichtig, dass an den Brandenburger Schulen weiterhin eine hohe Unterrichtsqualität gewährleistet wird und der Unterrichtsausfall auf niedrigem Niveau gehalten werden kann. Entsprechend haben sich die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag darauf verständigt, in der kommenden Legislaturperiode weitere Ausstattungsverbesserungen in den Schulen vorzunehmen:

„Die Koalition wird gemeinsam mit den Schulträgern und kommunalen Spitzenverbänden auf Grundlage eines Sozialindikators ein Konzept zur schrittweisen Ausstattung der Schulen mit multiprofessionellen Teams (soziale, pädagogische und Verwaltungsfachkräfte) erarbeiten. Um eine hohe Unterrichtsqualität zu gewährleisten und um Unterrichtsausfall zu begegnen, wollen wir die Schulen des Landes mit 400 zusätzlichen Fachkräften unterstützen. Darunter sollen mehrheitlich Lehrerinnen und Lehrer sein.“ (Koalitionsvertrag, S. 29)

Die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung des zusätzlichen Stellenprogramms wird daher ein wichtiger Aspekt der 7. Legislaturperiode sein und sich in den kommenden Haushaltsplänen widerspiegeln. Vor diesem Hintergrund können die Fragen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.